



Presseerklärung

Unterwellenborn,
den 15.04.2024

DStGB-Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr

Zukunft ländlicher Räume: Deutschland und Europa sind gefordert

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unterstrich bei seiner Sitzung am 15.04.2024 in Unterwellenborn die Wichtigkeit vitaler ländlicher Räume für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mehr denn je sei eine gezielte Unterstützung von Städten und Gemeinden abseits der Ballungszentren notwendig. Bund, Länder und EU sind gefordert, beim Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht nachzulassen.

In Zeiten geringer werdender Handlungsspielräume der Haushalte von EU und Bund gilt es, die wichtige Strukturförderung für ländliche Gebiete im Blick zu behalten. Auf nationaler Ebene konnten zuletzt schwerwiegende Kürzungen der so genannten Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) im Haushalt 2024 verhindert werden. Mit der GAK werden wichtige Zukunftsprojekte gefördert, beispielsweise die Dorferneuerung, der ländliche Wegebau oder die Unterstützung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung. Zudem ermöglichen GAK-Mittel als Kofinanzierung oftmals den Abruf europäischer Fördermittel. Für die Haushaltsplanung des Bundes in den kommenden Jahren gilt es, die ländliche Räume deutlich zu unterstützen.

„Die nationale und europäische Politik muss die klare Botschaft senden, dass ihr an vitalen Kommunen in der Fläche mit einer guten Infrastruktur für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen gelegen ist. Dies stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist zugleich Zukunftsvoraussetzung für den Wirtschaftsstandort Deutschland mit einem ausgeprägten Mittelstand abseits der Metropolen. Hierzu ist auch eine Dynamisierung der Fördermittel für ländliche Räume erforderlich, um den dortigen Kommunen eine sichere Finanzierungsperspektive zu bieten“, so der Vorsitzende des Ausschusses, **Bürgermeister Ingo Hacker (Neuhausen auf den Fildern) sowie Bürgermeisterin Andrea Wende (Unterwellenborn).**

Dazu braucht es in der kommenden Agrarförderphase von EU und bei ihrer Umsetzung in Deutschland klar definierte Förderbereiche jenseits der agrarnahen Förderung. Zu-

dem müssen Förderprogramme gerade für ländlich geprägte und oftmals verwaltungsschwache Kommunen einfacher als bisher und damit zugänglicher werden. Bereits die komplizierte Erstellung eines Antrages oder dafür fehlendes Personal kann zur Projektaufgabe führen. *„Wir müssen den Verwaltungsaufwand für die Kommunen bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln spürbar reduzieren. Hierzu sollten auch die Antrags- und Kontrollverfahren der Programme, vereinfacht, verschlankt und angeglichen werden.“*, so **Hacker und Wende** abschließend.

Wesentliches Förderinstrument der EU ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), mit der auch Investitionen in die Infrastruktur und lokale Projekte in den Dörfern und Regionen unterstützt werden. Derzeit werden erste Rahmen für die nächste Förderperiode der EU ab 2028 abgesteckt.